



Freiheit der Universalhäfen erhalten

Die FDP Bremen lehnt das von der Bremischen Bürgerschaft beschlossene Verbot des Umschlags von Kernbrennstoffen über die Häfen in Bremen und Bremerhaven ab. Sie fordert die rot-grüne Koalition auf, das Verbot umgehend zurückzunehmen, um weiteren Schaden vom Land abzuwenden.

Mit dem Verbot gefährdet Rot-Grün den Status der bremischen Häfen als Universalhäfen. Die Begründung, der Umschlag von Kernbrennstoffen sei mit der angeblich auf Ökologie und Nachhaltigkeit ausgerichteten Wirtschaft nicht vereinbar, macht Willkür zur Entscheidungsgrundlage und führt eine Gesinnungskontrolle im Hafenumschlag ein. Zugleich ist die rechtliche Basis, auf der das Verbot begründet wird, nicht nachvollziehbar und steht im Widerspruch sowohl zu bundes- als auch europarechtlichen Regelungen. Rot-Grün setzt das hochverschuldete Land Bremen unnötigen Prozessrisiken aus, um für die eigene Klientel Symbolpolitik zu betreiben.

Die bremischen Häfen erfüllen ihre Funktion nicht nur für Bremen, sondern sichern vor allem Import und Export für Deutschland insgesamt. Bremen erhält deshalb eine Hafencostentgeltung von 10 Mio € pro Jahr. Durch das Verbot wird auch die Solidarität mit den anderen Bundesländern aufgekündigt. Die Rückführung etwa von wiederaufbereiteten Brennstäben ist eine Aufgabe aller und Deutschland vertraglich hierzu verpflichtet. Sich dieser Verpflichtung zu verweigern ist Politik nach dem St. Florians-Prinzip. Rot-Grün betreibt eine egoistische Politik mit Scheuklappen zulasten anderer, um eigene Positionen rücksichtslos durchzusetzen.